



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Petra Pau
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kerstin Griese

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
Postanschrift: 11017 Berlin

Tel. +49 30 18 527-1070

Fax +49 30 18 527-2479

buro.griese@bmas.bund.de

Berlin, 6. Oktober 2022

Schriftliche Frage im September 2022

Arbeitsnummer 459

Sehr geehrte Frau Kollegin,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Schriftliche Frage im September 2022

Arbeitsnummer 459

Frage Nr. 459:

Trifft es zu, dass die im Entwurf des Haushaltsgesetzes 2023 als Titel mit 0,5 Milliarden Euro eingestellte Errichtung eines Fonds „zur Abmilderung von Härtefällen in der Rentenüberleitung sowie für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer“ (Titel 685 02-290) außer von der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes auch noch davon abhängt, dass sich die Länder zur hälftigen Kostenübernahme verpflichten (siehe die Darstellung in dem Online-Artikel der Jüdischen Allgemeinen „Rentengerechtigkeit in Aschkenas?“ vom 2.6.2022, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/rentengerechtigkeit-in-schkenas/> und falls ja, weshalb geht die Bundesregierung davon aus, dass die Länder dazu bereit sind?

Antwort:

Die Umsetzung des geplanten Fonds zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler ist ein gemeinsames Anliegen von Bund und Ländern. Der Fonds knüpft an einen mehrjährigen Verhandlungsprozess zwischen Bund und Ländern an. Die Länder haben in der Vergangenheit im Bundesrat für alle drei Gruppen wiederholt Handlungsbedarf angemeldet. Grundvoraussetzung für die Umsetzung des Fonds ist daher eine verbindliche politische Länderzusage der hälftigen Finanzierung des Vorhabens. Der Bund ist seiner Verantwortung nachgekommen und hat im Bundeshaushalt 2022 entsprechende Vorsorge in Höhe von 500 Millionen Euro getroffen. Eine Zusage der Länder zu einer hälftigen finanziellen Beteiligung steht aktuell noch aus.